

Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Vorsitzender des Forschungsinstitutes des bdvb; und Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal; Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. (www.eiiw.eu) welfens@eiiw.uni-wuppertal.de Buch *Welfens, Paul, Die Zukunft des Euro, Berlin: Nicolai* Welfens hat an hearings im US Senat, im EP, im Deutsche Bundestag, beim IMF, bei BNetzA etc. mitgewirkt [Überwindung der Euro-Krise, Industrieclub Düsseldorf: Forschungsinstitut des bdvb; & EIIW/Univ. Wuppertal](#)

Presseerklärung: 28.3.2013 - Konzept- und Mutlosigkeit in Europa überwinden; für Eurobonds, eine Euro-Politikunion, eine supranationale Schuldenbremse, Staatsquote in Brüssel sollte 6% betragen, Steuersatz sinken Euro-Nutzen unterschätzt: €-Nutzen ca. 10000 €/Kopf. EIIW legt erste Übersetzung des Delors-Berichts vor
Nach drei teilweise schwierigen Krisenjahren hat die Eurozone Anfang 2014 mit der Rückkehr Irlands und Portugals an den Kapitalmarkt den Tiefpunkt überwunden; auch wenn Griechenland noch für einige Jahre eine schwierige Baustelle bleibt. Die undifferenzierten **Ifo-/CESifo-Zahlen** zu den Kosten der Euro-Stabilisierung für Deutschlands Steuerzahler – im Herbst 2012 war von über 30% des Bruttoinlandsproduktes die Rede - haben sich **als unsolide** herausgestellt.

Krisenländer haben reformiert, aber die Regierung in Athen weigert sich faktisch, die über 300 Mrd. € an Staatsvermögen zu privatisieren. Griechenland, das 2009 4% Defizitquote nach Brüssel gemeldet, aber 15,6% Ist-Wert realisiert hatte, steht zudem für eine ungelöste Herausforderung: Wie kann man die **Wiederholung** des Defizitbetrugs sicher **verhindern**?

Kurzfristig hilft die Bankenunion 2014, die Fragmentierung der Finanzmärkte zu überwinden, aber ohne Eurobonds fehlt ein wesentliches Finanzinstrument (bei den USA wäre das so, als hätte man dort keine Bundesanleihen!). **Eurobonds** sollte man in Höhe von etwa 20% des Bruttoinlandsproduktes einführen, **wobei zugleich Staatsvermögen der Euro-Länder an eine Euro-Institution übertragen wird**. Banken der Euroländer könnten nationale Staatsanleihen z.T. gegen Eurobonds umtauschen, was die Bilanzqualität in allen Euro-Ländern verbessert: Die Kreditvergabe an Firmen und damit auch die Investitions- &Wachstumsdynamik steigt an. **Eurobonds sollten mit exklusivem Laufzeitspektrum** oberhalb von 10 Jahren aufgelegt werden, so dass sofort ein global attraktives Kapitalmarktsegment – mit Niedrigzins - entsteht. Die Lösung der grundlegenden fiskalischen Glaubwürdigkeitsprobleme in der Eurozone liegt in der **Schaffung einer Euro-Politikunion** – mit Regierung und Parlament für die Eurozone und eigenständigem Euro-Besteuerungsrecht sowie supranationalen Eurobonds (im Vorfeld sind Synthetische Bonds denkbar –wo Länder mit guter Bonität überdurchschnittlich vertreten sind):

- die Staatsverbrauchsquote in Brüssel auf der Euro-Politikebene sollte man mittelfristig von 1% des Bruttoinlandsproduktes **auf rund 6% anzuheben**, wobei als Ausgaben Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben und Innovationsförderungsausgaben sowie Arbeitslosengeldzahlungen – für die ersten sechs Monate - im Vordergrund stehen sollten. Ein Teil der nationalen **Schulden, zunächst 20% des BIP, könnte zudem nach Brüssel verlagert werden; zusammen mit entsprechendem Staatsvermögen**. Für Brüssel sollten Euro-Anleihen auf Basis einer objektorientierten Defizitpolitik - Defizite nur für öffentliche Investitionsausgaben - möglich sein, eine Schuldenbremse ist für die supranationale Politik zu verankern. Der Zins für Eurobonds wäre dann geringer als der jetzige Zinsdurchschnitt in der Eurozone. Mit 6% Ausgabenquote wird in **Brüssel Konjunkturpolitik**, damit ein besserer Mix von Geld- und Fiskalpolitik möglich und die Schwankungen im Konsum lassen sich besser stabilisieren: **derzeit führt ein 1%-Produktionsrückgang zu 3mal so hoher Minderung der Konsumquote wie in USA. Die strukturelle Defizit-Obergrenze für Brüssel sollte 0,45% betragen, bei den Euro-Ländern 0,3%, was bei 1,5% Real-Trendwachstum max. 50% Euroschuldenquote ergibt**. In der Euro-Politikunion kann dank Effizienzgewinnen der **Steuersatz insgesamt sinken**, die Wahlbeteiligung in der Politikunion wird höher sein als bei EP-Wahlen, das ist gut für die Qualität des politischen Wettbewerbs. Statische Subsidiaritätsansätze sind obsolet.
- Wenn Brüssel eine deutlich erhöhte Ausgabenquote hat – mit mindestens paralleler Minderung der Staatsausgaben auf nationaler Ebene -, dann kann im Fall von massivem Defizit-Fehlverhalten eines Landes der Eurozone das betreffende Land in Konkurs geschickt werden; denn das **Vorhandensein einer erheblichen supranationalen**

Fiskalpolitik verhindert, dass das betreffende Land einen völligen Kollaps erleidet.

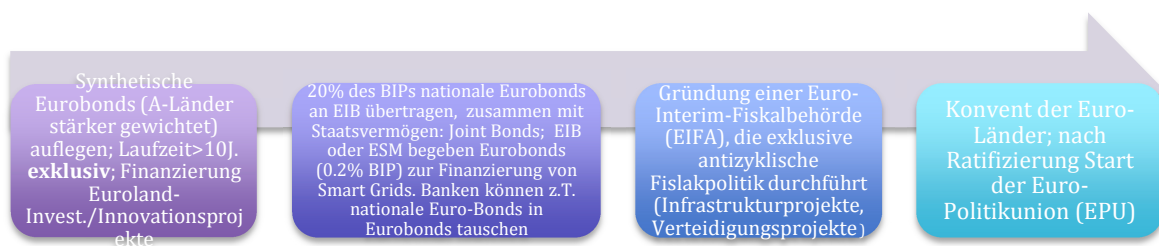
Wenn aber Politiker der Mitgliedsländer Konkurs erwarten, werden sie von vornherein Defizit-Regeln eher einhalten. Wenn Brüssel – im Kontext der Schaffung von Euroland-Parteien - **Aufstiegsziel** der Politiker wird, gibt auch das Anreize zu Budgetvernunft.

Das BVG-Urteil zum OMT-Programm wirft neue Euro-Fragen auf, die aber zu lösen sind. Ein Zusatzerfordernis für die Mitwirkung eines Landes bei einem OMT-Programm könnte sein, dass das betreffende Euro-Land eine Mindest-Primärüberschussquote (Defizit vor Zinszahlungen des Staates/Bruttoinlandsprodukt) erreicht; damit hilft der EZB-Ankauf von Anleihen im Kontext von Liquiditätsproblemen, was als unkritisch gilt und das dürfte auch für das Verfassungsgericht in Deutschland bzw. den EuGH akzeptabel sein. Nachhaltige Staatsfinanzen sind für alle Länder unerlässlich, die Rückführung hoher Schuldenquoten und staatliche Eigenverantwortung gemäß **Delors-Bericht** sind notwendig. Der neue Fiskalpakt wird kaum zuverlässig umzusetzen sein. Die Menschen in den Ländern der Eurozone werden sich entscheiden müssen, ob sie eine tendenziell instabile Währungsunion mit den aktuellen Institutionen akzeptieren oder mehr Europäische Integration innerhalb eines klugen Konzeptes realisieren wollen. Drei Argumente sprechen für eine **Euro-Politikunion** mit eigenem **Parlament, eigenen Steuern, Eurobonds**:

- Die Politikunion sichert die Stabilität und die Vorteile der Euro-Währung zuverlässig ab, mehr ökonomische Stabilität, mehr Wohlstand dank Effizienzgewinnen sind erreichbar. Der Lebenszeitvorteil des Euro liegt pro Kopf bei ca. 10 000 € (Welfens, 2013; 2014).
- Kein EU-Land allein kann in der Zeit der Globalisierung und des Aufstiegs Chinas international wirksam Politikziele durchsetzen; eine instabile Eurozone sowieso nicht.
- Das europäische Modell der Sozialen Marktwirtschaft kann in der globalen Konkurrenz der Wirtschaftssysteme bestehen und Vorbild für andere sein, wenn es eine Euro-Politikunion bzw. die Vereinigten Staaten von Europa gibt. Dass es einen Ausbau des EU-Pfeilers der Sozialpolitik geben sollte, ist dabei sinnvoll; zudem mehr Gründerförderung.

Wichtige Grundsätze der EU-Sozialpolitik könnten sein, dass eine nationale Mindest-Krankenversicherung beschäftigungsunabhängig für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sein muss; und grundsätzlich keine nationale Umverteilung von unteren Einkommensgruppen zu Top-Einkommensgruppen erfolgen darf, wie dies in der Vergangenheit in 2009 in Frankreich, Bulgarien, Zypern geschehen ist. Mindestlöhne sind vorsichtig zu setzen; Lohnsubventionierung wie in Frankreich (22 Mrd. € in 2013 bzw. 1% des Bruttoinlandsproduktes) ist zu vermeiden.

Eine stärker integrierte Eurozone lässt nach einer Phase der Stabilisierung und Konsolidierung in den armen Mitgliedsländern erwarten, dass diesen verstärkt langfristiges Kapital von den relativ wohlhabenden Euro-Ländern zufließt. Sofern die betreffenden Länder sich ein gutes Rating erarbeitet haben, ist der Zufluss aus Ländern mit relativ hohem Pro-Kopf-Einkommen unproblematisch bzw. hilfreich für den realen Konvergenzprozess; insbesondere soweit die Zuflussländer auch erhöhte Direktinvestitionszuflüsse realisieren. In einigen Ländern ist die längerfristige Expansions- und Innovationsdynamik gerade des Sektors der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) relativ gering, was das Wirtschaftswachstum schwächt. Eine **gemeinsame Budgetsoftware** für alle Euro-Länder ist als Bestandteil intensiver **IKT-Modernisierung** & bürgerfreundlicher Fiskal-Politiktransparenz unerlässlich; Verstöße gegen Defizit-Grenzen könnten so früh erkannt werden. **EU-Überregulierung** wie beim aufgegebenen **Ölkännchen-Projekt 2013** sollte man künftig unterlassen. **4 Schritte** zur Euro-Politikunion...



Integration stärken durch 10000 neue Städtepartnerschaften, auch mit UK, UKR, RUS, Schweiz